

Für eine gute, zukunfts feste und solidarisch finanzierte Pflege

Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundestages, des Europäischen Parlaments, des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und Landtage, Bremen 28./29. September 2026

Wenn ein Mensch pflegebedürftig wird, verändert sich das Leben einer ganzen Familie. Plötzlich müssen Partnerinnen und Partner, Kinder oder andere Angehörige Pflege organisieren, Verantwortung übernehmen, Arbeitszeit reduzieren und oft selbst bis an ihre Belastungsgrenze gehen. Zu dieser Sorge um einen geliebten Menschen darf nicht auch noch die Angst kommen, sich seine Pflege irgendwann nicht mehr leisten zu können.

Für uns steht fest: Pflege darf kein Armutsrisiko sein, weder für Pflegebedürftige noch für ihre Familien. Wer sein Leben lang gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, muss sich darauf verlassen können, im Pflegefall gut versorgt zu sein – ohne die Angst, den Kindern auf der Tasche zu liegen oder zum Sozialamt zu müssen. Deshalb wollen wir einen Pflegekostendeckel, der die Kosten wirksam begrenzt und Pflegebedürftige und ihre Familien spürbar entlastet. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die entsprechende Initiative des saarländischen Gesundheitsministers.

Für uns ist aber genauso klar: Statt Familien Leistungen zu kürzen oder neue Belastungen zuzumuten, müssen wir endlich über die gerechte Verteilung der Lasten sprechen. Es ist nicht vermittelbar, dass private und soziale Pflegeversicherung weiterhin getrennt nebeneinanderstehen, obwohl die Risiken unterschiedlich verteilt sind. Während die soziale Pflegeversicherung einen größeren Teil der finanziellen Belastungen trägt, verfügt die private Pflegeversicherung über eine strukturell günstigere Versichertenstruktur.

Eine Pflegereform, die lediglich das nächste Finanzloch stopft und die Rechnung an die Menschen oder Kommunen weitergibt, ist mit der SPD nicht zu machen. Im Gegenteil: Wir wollen eine Reform, die Pflege bezahlbarer macht, Familien entlastet, gute Arbeit in der Pflege sichert und die Finanzierung endlich gerechter organisiert.

Deshalb setzen wir uns für ein gemeinsames solidarisches System oder zumindest einen fairen finanziellen Ausgleich zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung ein. Es kann nicht sein, dass wir über weniger Leistungen für Pflegebedürftige diskutieren, bevor wir diese Ungerechtigkeit im System angehen. Wer Solidarität einfordert, muss sie auch bei der Finanzierung organisieren.